RC - BULLETIN

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT VII

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75 / 76
PS Berlin West 1941 56

Redaktion:
H. Marx / G. Neufert
M. Pfüller / S. Stecher

Den 29. April 1969

Inhaltsverzeichnis

I. Zur Maikampagne
(Rudi Schmidt, Martin Schmidt) sowie "Bündnispolitik ist notwendig - zur Vorbereitung des 1. Mai (Peter van Sapll)

II. Die Rote Presse Korrespondenz und der Republikanische Club (Peter Sörgel)

III. Demokratische Union
(Peter Sörgel)

IV. Aus den Arbeitskreisen
Konzept der ad-hoc-Gruppe an der Berufsschule für Industriekaufleute

V. Im Filter christdemokratischer Ordnungshüter
Extrablatt des "Polizeiruf"

VI. Aus dem Clubsekretariat

VII. Veranstaltungskalender

Wichtige Termine:

30. April 1969 - Schülerveranstaltung des Maikomitees in der Technischen Universität - Audimax - 16 Uhr

30. April 1969 - Großveranstaltung in der Hasenheide - 19 Uhr

1. Mai 1969 - Demonstration -
Treffpunkt U-Bahnhof Turmstraße - 11 Uhr
Route:
Alt Moabit - Rathenower Straße - Perleberger Straße - Fennstraße - Nettelbeckplatz - Reinickendorfer Straße - Schulstraße - Leopoldplatz.
Abschlußkundgebung.

I. Maikampagne

Zum ersten Mal wird es Westberlin drei Kundgebungen aus gleichem Anlaß geben. Man wird dem affirmativen Pathos der Gewerkschaftsbonzen lauschen dürfen, das integrative Kritteln der Revisionisten hören und die revolutionäre Strategie der im Sozialistischen Maikomitee vertretenen Gruppen. Wie ist es dazu gekommen, daß diesmal zwei linke Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden?

Der taktische Stellenwert des Schwarzen Peters läßt ihn mit Blick auf die Agitation der nächsten Monate zu einer gesuchten Karte werden. Um Taschenspielern das Handwerk rechtzeitig zu legen, sollen die Anfänge der Maikampagne und des Sozialistischen Maikomitees kurz in Erinnerung gerufen werden.

Das Zögern Ende März, mit einer Maikampagne zu beginnen, hatte seinen Grund in der organisatorisch wie theoretisch ungeklärten Situation der verschiedenen linken Gruppen. Die abstrakte Mobilisierung der Massen vom Mai 1968 war folgenlos geblieben, die allgemeine moralisch-politische Kritik nicht umfassend genug auf die Ebene einer konkret-sozialistischen Perspektive gehoben worden. Eine Wiederholung der alten Taktik schien sinnlos, bevor vor allem die organisatorischen Konsequenzen gezogen waren. Einzig die Basisgruppen hatten eine relativ geschlossene Strategie zu bieten, freilich eine begrenzte, auf die Betriebe zugeschnittene Konzeption.

Ihre Kampagne sollte den angesprochenen Arbeitern und Lehrlingen die Chance geben, sich in den dargestellten Konflikten selbst wiederzufinden, um ihnen den Sprung von der passiven Bindung an die Autorität der Betriebsleitung und an den bürokratischen Gewerkschaftsapparat zur Erfahrung der revolutionären Selbsttätigkeit zu ermöglichen. Als zentrale agitatorische Kategorie galt die 'Arbeiterkontrolle', die scharf gegen das Mitbestimmungskonzept der Gewerkschaften abgesetzt wurde. Hieran entzündete sich auch der erste Streit zwischen dem Sozialistischen Maikomitee der Basisgruppen und der SEW. Die SEW ließ erkennen, daß sie ihre eigene Kampagne mit dem Mitbestimmungskonzept führen wolle, und daß sie darüber nicht zu verhandeln gedächte; einzig die gemeinsame Demonstration und die Kundgebung waren für sie von Interesse. Dann kam es zu einem ergebnislosen Besuch von Vertretern des Maikomitees beim Parteivorstand und dem bekannten Briefwechsel (siehe RPK vom 19. April, die WAHRHEIT vom 18. April und den Sonderdruck der RPK).

Weshalb mußten diese Versuche - die noch um einen weiteren des FU-ASTA vermehrt wurden - so vergeblich bleiben?
Die Antwort ergibt sich aus der Analyse der Politik der SEW im vergangenen Jahr. Endlich in der Linken salonfähig geworden, machte sich die Partei gleich zielstrebig daran, auf der Woge der von uns mobilisierten Massen schwimmend, soviel Politisierte wie möglich in ihre Organisation zu bringen. Sie nutzt geschickt die relative Identität der Bewußtseinsstrukturen vieler linker Sozialdemokraten und deren verinnerlichte Organisationsabhängigkeit, die sie eh schon zu potentiellen Verbündeten der zentralistischen SEW machten; sie profitierte vom abstrakten Liberalismus vieler linksbürgerlicher Moralisten, weil sie es stets vermied, selbst offensiv zu werden, - weil ihre Taktik immer darauf abgestellt war, immer nur präsent zu sein, um im gegebenen Augenblick die aktuell fru-

strierten Genossen hereinzuziehen. Für sie war die APO eine ideale Rekrutierungsbasis - mehr ist sie für die SEW nie gewesen! Dabei vermied sie entschlossen jede Debatte über ihre Grundposition im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft; seit dem Mai 1968 hat sie zum Beispiel keinen selbständigen Schritt getan. Im Gegenteil, sie folgte gehorsam allen taktischen Wendungen der Sowjetunion gegenüber der CSSR, ohne auch nur den Versuch einer differenzierenden Argumentation zwischen den revisionistischen und den dogmatischen Positionen zu wagen; gleiches gilt für ihre Haltung zum Verhältnis China/Sowjetunion.

Und wenn es doch zu Absprachen über kleine gemeinsame Schritte kam, die für sie keinen hohen Gewinn versprachen, wo unser Interesse einmal größer war als das ihre, hat sie sie noch stets gebrochen: das reicht von der kurzfristig erfolgten Weigerung, die Maizeitung 1968 zu drucken bis hin zum Bruch politischer Übereinkünfte wie etwa vor der Rehse-Demonstration.

Sie hat stets laviert, die SEW; ihre hölzerne Gestalt unter weichen Worten versteckt. Es leuchtet ein, daß unser Verhältnis zu einem von ihr geforderten Klassenbündnis durch die Diskussion der historisch notwendigen Ziele und der adäquaten Mittel neu bestimmt werden mußte.

Warum gerade zum 1. Mai? Gemäß ihrer Taktik mußte sie ein brennendes Interesse daran haben, wieder an der Spitze einer Massendemonstration zu marschieren, wieder Einheitsfront zu spielen in einem politischen Rahmen, der niemanden weh tut. Deshalb auch die Forderung nach Absprache über die Losungen und Parolen, die in allen Äußerungen der Partei immer wiederkehrt. Die Freiheit der Losungen, die sich die Gruppen im Rahmen des Maikomitees zugestanden, wollte die SEW nicht anerkennen.

Wir mußten im Maikomitee davon ausgehen, daß gerade jetzt zum 1. Mai, wo die SEW ein so vehementes Interesse an einer "Aktionseinheit der Linken" erkennen ließ, die oftmals verweigerte große öffentliche Debatte mit der Partei erzwungen werden konnte. Aber die SEW hat gepaßt. Ihre strategischen Prinzipien stehen nicht zur Diskussion, eine "antisowjetische" Parole (etwa im Zusammenhang mit China) wäre für sie bereits ein Grund zum Bruch gewesen.

Hier wird ihr Konzept deutlich: Sie versteht sich als Abrahmer der APO und als Disziplinierungsfaktor im Interesse von SED und KPdSU.

Solange die Organisationsdebatte noch unter dem totalen Autoritätsverdacht stand, - den einige SDS-Genossen vom INFI neuerdings etwas begründeter provozieren -, mußte das ungeklärte Verhältnis zur SEW in einem reduzierten taktischen Rahmen toleriert werden. Jetzt, wo über das Konzept der Basisgruppen hinaus Überlegungen zu einer Reorganisation der antiautoritären Gruppen angestellt werden, konnte die SEW nicht länger ausgeklammert werden. So ist auch der Brief zu verstehen, der im Auftrag des Maikomitees an denParteivorstand gerichtet wurde.

Hier sollen eigene Fehler nicht verschwiegen werden. Es war nicht im Sinne des Komitees, daß der von zwei Genossen ausgearbeitete Brief dann von sechs weiteren unterzeichnet wurde, von denen der

SEW-Vorstand durch seinen Protokollanten Michael Gaißmayer nur zu gut wußte, daß sie bis dahin alle kaum etwas zur Maikampagne der Basisgruppen beigetragen hatten, noch gar im Komitee vertreten waren. Gegenüber dem Maikomitee war der damit angemeldete Anspruch, historische Avantgarde zu sein, keine Hilfe in der Auseinandersetzung mit der SEW, was die nur in diesem Punkt geschickte Antwort Bruno Kusters belegt. Die vom INFI aufgestellten Parolen zum 1. Mai (siehe RPK Nr. 10) - die wieder suggerieren, es gäbe gar keine Basisgruppen - bewiesen dann aufs neue, daß unsere so zentrale Organisationsdebatte offenbar noch mit erheblichen und m.E. zum Teil künstlichen Schwierigkeiten belastet sein wird. Das ist besonders auch deshalb zu bedauern, weil unsere Auseinandersetzungen mit den Revisionisten schon genug Arbeit und Ärger bereitet.

Hier ist vor allem auch auf die unrühmliche Rolle des Agitprop-Arbeitskreises hinzuweisen. Sein Repräsentant, Michael Gaißmayer, versprach für seinen Arbeitskreis im Maikomitee an dessen Kampagne mitzuwirken, verstand es dann aber, die dafür gesetzte Bedingung, nämlich die Konzeption der Agitprop-Broschüre vorzulegen, immer wieder hinauszuzögern, bis er seine Anwesenheit wegen seines intransingenten SEW-Standpunktes nicht länger rechtfertigen konnte. Jetzt, als er auch alles auf seinem Block hatte, schloß er sich mit dem Arbeitskreis offen der SEW an, wobei er auch das vorher abgegebene Versprechen ignorierte, in der Broschüre keine Stellungnahme zu den möglicherweise getrennten Kampagnen bzw.Demonstrationen (vgl. hierzu die Rückseite der beigelegten Broschüre) abzugeben.

Der EXTRA-DIENST hatte erst gar keinen Hehl aus seiner SEW-orientierten Einheitsfront-Position gemacht. Verzweifelt bemühte er sich, das Sozialistische Maikomitee abzuwerten (vom Inhalt der Kampagne und der Tätigkeit der Komitees findet sich kaum eine Notiz im ED), das SEW-Lager hingegen kräftig aufzublasen; in diesem Bemühen vom gleichen Eifer getrieben, wie die bürgerliche Presse, wenn sie zwei antagonistische Demonstrationen einstuft.

Laut EXTRA-DIENST haben sich außer der SEW vier geisterhafte Arbeitskreise des Republikanischen Clubs (Sozialistisches Liedgut etc.?) für die Neuköllner Demonstration ausgesprochen, dessen Mitglieder an zwei Händen zu zählen sind. Die Wendung "der Vorstand des RC ist Mitglied des Maikomitees für die Weddingdemonstration", ignoriert, daß auch der Delegiertenrat mit klarer Mehrheit der Politik des Vorstands und damit des RC-s im Maikomitee billigte. Schließlich bemühte der EXTRA-DIENST obskure "Gruppen ausländischer Sozialisten", die nicht näher benannt werden und die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, wenn er die Behauptung belegen will, "zahlreiche Organisationen der APO konnten sich nicht entschliessen, einheitlich zur Beteiligung an einer der beiden Demonstrationen aufzurufen!".

Die folgende Aufstellung der im Maikomitee vertretenen Gruppen veranschaulicht das gegenwärtige Kräfteverhältnis:

Basisgruppe Moabit, Spandau, Tegel, Tempelhof, Wedding, Wilmersdorf und Zehlendorf, Aktionskomitee Siemens, Aktionskomitee Porsche-Oberschule, Sozialistischer Club Neukölln, Zentralrat der Kinderläden, Sex-Pol Mitte, die Projekt- und ad-hoc-Gruppen der Sektionen Betriebe und Politische Ökonomie, die Sektion Justiz (Justizkampagne), SVI (= Studentenverband der Ingenieurschulen in

Westberlin, ASTA FU und TU, Republikanischer Club, SDS, SHB, LSD, Falken, Spartakus und die Roten Garden.

Rudi Schmidt

Die "Spaltung der Linken", die sich jetzt ereignet hat, hätte sich natürlich noch weiter hinaussschieben lassen, wenn man sich erneut auf das leere Einheitspathos der SEW eingelassen hätte. Der Vorstand des Republikanischen Clubs war (mit einer Ausnahme) weder der Auffassung, daß dies sinnvoll sei noch daß die Mitglieder des RC dies wünschten.

Denn die Mitgliederversammlung des Republikanischen Clubs hat am 9. Januar 1969 ausdrücklich den Ausführungen von Jörg Huffschmid zugestimmt, in denen die Frage einer Bündnispolitik mit inhaltlichen Kriterien verbunden wurde: "...mir scheint die Solidarität mit den Aktionen anderer Gruppen das eintscheidende Kriterium für die Bündnispolitik verschiedener sozialistischer Gruppierungen zu sein. Diese Solidarität kann nur in der Übereinkunft über eine Gesamtstrategie konkret zustande kommen. Wo diese Übereinkunft fehlt, gibt es keine Solidarität.....und wo es keine Solidarität gibt, kann man nicht von politischer Bündnispolitik sprechen."

Vorstand und Delegiertenrat des Republikanischen Clubs haben deswegen an der Mitgliedschaft des RC im Sozialistischen Maikomitee festgehalten und fordern die Mitglieder des RC auf, sich an der Maidemonstration in Moabit/Wedding zu beteiligen.

Martin Schmidt

Der Arbeitskreis Agitation und Propaganda (Agitprop) hat den Vorstand des Republikanischen Clubs gebeten, seine Broschüre dem BULLETIN zum 1. Mai beizulegen. Der Arbeitskreis hat sich nicht an die im Maikomitee getroffene Übereinkunft gehalten, in der sonst allgemein gehaltenen Broschüre keine Erklärung zu den verschiedenen Kampagnen resp. Demonstrationen abzugeben. Wir versenden dennoch die Broschüre, weil wir unsererseits unser Versprechen einhalten wollen.

Der Vorstand

Bündnispolitik ist notwendig - Zur Vorbereitung des 1. Mai

Die Basis- und ad-hoc-Gruppen und die Mehrheit des RC-Vorstandes und des SDS lehnen heute scheinbar jede realistische Bündnispolitik ab. Das zeigte sich sehr deutlich am 30. März 1969, als auf Einladung des Arbeitskreises Agitation und Prapaganda im Club die erste vorbereitende Diskussion über den 1. Mai stattfand. Die genannten Gruppen äußerten nämlich an diesem Abend die Auf-

fassung, daß Massendemonstrationen kaum noch einen politischen Stellenwert hätten und eine Veranstaltung am 1. Mai ohne die SEW durchzuführen sei. Gerade jene antiautoritären Gruppen, die der SEW sicher zu Recht eine neostalinistische Politik vorhalten, praktizieren sie seit einiger Zeit selbst, wenn Sozialisten anderer Richtungen pauschal zu "Scheißliberalen" erklärt werden und, wie zum Beispiel am 1. Mai, nicht nur das Auftreten aller interessierten Gruppen auf gemeinsamen Veranstaltungen, sondern auch das Auftreten ihrer Redner verhindert wird, obwohl gerade sie bei den Aktionen und Veranstaltungen des SDS "die Massenbasis" stellten.

Bei diesen Auseinandersetzungen wird häufig genug vom SDS vergessen, daß die "anarchistische Propaganda der Tat" (Rabehl) die notwendige Vermittlung von Aktionen und Veranstaltungen nicht ersetzen kann, so daß es für die Sympathisanten, vor allem für das mobilisierbare Potential der politischen Jugendlichen, immer schwieriger wird, zum Beispiel die Basisgruppenstrategien und andere Vorstellungen inhaltlich zu begreifen. Spätestens an dieser Stelle hätte die berechtigte Kritik am Immobilismus der Sympathisanten und vorsichtigen Sozialisten mit einer konstruktiven Selbstkritik verbunden werden müssen, die aber nur dann sinnvoll ist, wenn sie zur selbstkritischen Reflexion der eigenen Position führt und das ist leider nur in einem sehr bescheidenen Maße erst nach dem 5. März geschehen.

Die Verabsolutierung politscher Standpunkte von linken Gruppen, die wohl alle gegenwärtig kein Strategiekonzept vorweisen können, deren praktische Anwendung bisher einen solchen durchschlagenden Erfolg zeigt, daß es sich von selbst als Patentrezept für die Veränderung einer autoritär-kapitalistischen Ordnung anbietet, führt wie so oft in der Geschichte der sozialistischen Bewegungen zu völlig irrationalen Machtkämpfen, die die ohnehin quantitativ schwache Linke lähmen. Das beweist erneut, in welchem Maße die im negativen Sinne des Wortes miteinander konkurrierenden Gruppen die polit-ökonomischen Machtstrukturen der bürokratischen Gesellschaftsordnungen verinnerlicht haben, um sie in der politischen Auseinandersetzung zu reproduzieren. Das mag ein wesentlicher Grund dafür sein, daß z.B. die russische Oktoberrevolution zwar die grundlegenden ökonomischen Machtverhältnisse änderte, die Privatsphäre der an diesem Prozeß bis zur "Machtergreifung" Stalins zunächst noch weitgehend beteiligten Menschen aber solange nicht revolutioniert werden konnte, wie die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse von den äußeren konterrevolutionären Einflüssen der militärisch und wirtschaftlich wiederholt intervenierenden kapitalistischen Länder bestimmt wurde.

Auch die SDS-Kommunen, die an dem Vorbild der damaligen Kommune 1 orientiert waren, scheiterten nicht zuletzt aus einem ähnlichen Grund wie die Versuche, die vor etwa fünfzig Jahren in der Sowjetunion gemacht wurden, d e n n die Persönlichkeitsstruktur des Menschen entspricht stets sehr weitgehend der der jeweils herrschenden Produktionsverhältnisse, die sich unter dem "Zwang" der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auch an ökonomischen Erfordernissen orientieren müssen.

Im gleichen Maße wie die antiautoritären Gruppen unter anderem die Rolle der Psychologie, insbesondere der Psychoanalyse, aufgrund der Auseinandersetzungen mit dem Springer-Konzern für die

sozialistische Bewegung neu analysiert haben, müßte die vielerorts verständlicherweise vorhandene Ökonomie-Feindlichkeit, deren Auswirkung sich vor allem in der Organisationsdebatte zeigt, durch die kritische Aneignung der marxistischen Polit-Ökonomie abgelöst werden, damit die schon lange überfällige Analyse der Produktionsverhältnisse in den neokapitalistischen Ländern und der Dritten Welt vorgenommen werden kann. Dieses Theoriedefizit ist möglicherweise deshalb noch nicht generell beseitigt worden, weil es noch keine Aktionen gegen oder in kapitalistischen Unternehmen gab, die direkt gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gerichtet waren, während sich die Springer-Aktionen von der Basis her primär gegen die Meinungsmanipulation und weniger gegen die materielle Ausbeutung konzentrierten, die erst die geistige Unterdrückung möglich macht und damit sinngemäß die marxistische Verelendungstheorie aktualisiert.

Wenn die weitere Entwicklung der Produktivkräfte durch die Automatisierung der Serienproduktion und die tendenzielle Beseitigung der Bürokratie mit Hilfe elektronischer Rechenzentren etc. erst eine wirkliche Demokratisierung im ursprünglichen Marx'schen Sinne möglich werden läßt, weil der historisch notwendige sog. "demokratische Zentralismus" (Umschreibung für "Diktatur des Proletariats") sich durch Dezentralisierung dann selbst weitgehend abschaffen lassen wird, dann müßte es gerade im politischen Interesse derjenigen sein, die so oft von der Massenbasis sprechen und sie nicht erreichen, in großen Kampagnen und Demonstrationen am 1. Mai und danach auf diese Möglichkeiten hinzuweisen, um die Basisgruppen zu verstärken und neue Sympathisanten zu gewinnen mit dem Ziel, eine moderne unabhängige sozialistische Organisation der progressiven Jugend und der wenigen Junggebliebenen aufzubauen, die in der Lage sein muß, verschiedene Strategien und Alternativen zu entwickeln, die wissenschaftlichen Anforderungen gerecht werden, die mit dem überholten historischen dialektischen Materialismus zugunsten der Dialektik des Konkreten (Kosic u.a.) bricht, die Produktivkräfte neu analysiert, ebenso die Klassenverhältnisse, die Theorie der Entfremdung, die Verelendungstheorie, die Realisierungsmöglichkeiten für die Räte in den hochindustrialisierten Ländern u.a.m.

Die zu diesem Zwecke zumindest auf längere Zeit von der SEW/DKP unabhängig zu leistende Arbeit schließt aber punktuelle Bündnisse nicht aus, sondern macht sie notwendig. Gerade auf gemeinsamen Veranstaltungen besteht die Möglichkeit, Konzepte und Alternativen gegenüberzustellen und auf diese Weise Differenzen offen und sachlich auszutragen. Es bedarf dieser Freund-Feind-Verhältnisse innerhalb der Linken nicht mehr, denn das beste Konzept und Programm wird sich auf die Dauer durchsetzen und gerade die jungen Antiautoritären bringen dafür die besten politischen und charakterlichen Voraussetzungen mit. Mit elitärer Arroganz, fehlender Toleranz und ziellosem Aktionismus wird man aber unweigerlich ähnlichen Schiffbruch erleiden wie alle anderen dogmatischen Richtungen. Ich denke, daß die antiautoritäre Bewegung sich rechtzeitig von den Mitstreitern trennen müßte, die über diese Eigenschaften verfügen. Lehrlinge, Gymnasiasten und Jungarbeiter sind damit niemals zu gewinnen. Mit unvermittelten spontanen und dadurch spektakulären Aktionen ist auf die Dauer die Basis ebenfalls nicht zu verbreitern, schon garnicht mit der faschistischen These der "Identifizierung mit dem Stärkeren", falls wirklich einmal einige Polizisten von offensiv

und militant vorgehenden Gruppen in die Flucht geschlagen werden, während es in der Vergangenheit offensive Militanz von Seiten der Demonstranten immer nur erst dann gegeben hat, wenn man sich gegen massive polizeiliche Übergriffe wehren mußte (vgl. Frankfurter Rundschau vom 14. März 1969).

Um am 1. Mai unnötige Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt zu vermeiden und antiquierte Demonstrationsformen nicht über die Gebühr zu strapazieren, wird empfohlen, dieses Mal mit der Kundgebung zu beginnen und danach entlang einer relativ kurzen Demonstrationsstrecke Informationsstände von Basisgruppen etc. aufzustellen und die Demonstration so zu organisieren, daß immer einige Freunde aus den letzten Reihen sich an den Straßenrand begeben können, um Diskussionsgruppen zu bilden.

Peter van Spall

II. Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ und der Republikanische Club

Wir haben dieser Ausgabe des BULLETINs einen Bestellschein für die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ beigelegt, das heißt, wir fordern Sie auf, die wöchentlich erscheinende Zeitung zu abonnieren.

Nun soll hier keine Waschmittelreklame für ein Blatt gemacht werden, gegen das wahrscheinlich viele Clubmitglieder emotionale Vorbehalte haben - hat man doch nicht vergessen, daß die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ das Produkt der Auseinandersetzung mit dem EXTRA-DIENST ist. Man kommt zwar nicht umhin, die Existenz jenes Blattes anzuerkennen, das Resultat eines "unnützen Kleinkrieges unter Linken" ist, aber man lehnt ab, es zu lesen.

Keine Waschmittelreklame betreiben heißt allerdings auch zugeben, daß es nicht nur emotionale Vorbehalte sind, die viele Clubmitglieder davon abhalten, das Blatt zu abonnieren. Es gibt Hinderungsgründe, die durchaus nicht bei der Kritik des Layout oder des Preises etc. ansetzen.

Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ nämlich versteht sich als "Kampfblatt der sozialistischen Bewegung" - der Republikanische Club aber als "Sammelbecken der Linken"

Hier tut sich ein offensichtlicher Gegensatz auf, denn ein Blatt, mit dessen Hilfe die Organisierung der Organisatoren vorangetrieben werden soll, kann in einem 'linken Sammelbecken' auf zumeist nur abstraktes Interesse stoßen. Nun muß natürlich betont werden, daß der Berliner Club kaum noch Sammelbecken in dem skizzierten Sinn ist; daß es die Arbeit der verschiedenen Gruppen im RC, daß es die Berufspraxis vieler Mitglieder und die Politik des Vorstandes sind, die an seine Stelle Ansätze von sozialistischer Praxis gesetzt haben.

Trotzdem, sehr viele Mitglieder des Clubs sind - mißt man diese Praxis an den strengen Maßstäben der Aktivgruppen - nur "Beobachter" des Widerstandes an der Basis, die zwar zu bestimmten Anlässen (1. Mai etc.) aktiv werden, ansonsten aber nur eine prinzipielle Sympathie bekunden.

Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ ist auch redaktionell ein Blatt der Organisatoren. Von daher versteht es sich, daß im Impressum nicht etwa der Republikanische Club als abstrakte Organisation, sondern die Berufsbasisgruppen des RC aufgeführt werden. Für die ist die Mitarbeit in bzw. das Lesen der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ ohnehin eine Selbstverständlichkeit. Aus diesem Grund sollen hier vor allen diejenigen Mitglieder angesprochen werden, die den Praxisanspruch der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ elitär nennen und meinen, sie aus diesem Grunde nicht lesen zu müssen. Zu diesem Zweck sollen einige Mißverständnisse ausgeräumt werden.

Wenn betont wird, daß die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ das Blatt der Organisatoren ist, dann ist die Behauptung, sie sei das theoretische Leitblatt der Linken Bewegung falsch. Es zeugt von einem seltsamen Theorieverständnis, wenn man gerade die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ, die in jeder Ausgabe auf vielen Seiten vorführt, an welchen Stellen und wie sich in dieser Gesellschaft Gegenmacht herausbildet, eine veränderte Auflage der NEUEN KRITIK nennt. Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ ist nämlich die heute einzige Zeitung der Linken Bewegung, die konsequent die vielfältigen Praxisansätze dadurch zeigt, daß sie die praxisbetreibenden Gruppen selber zu Wort kommen läßt. Diese neue Form von Journalismus hat jetzt schon deutlich gemacht, daß es heute kaum einen Beruf, daß es kaum eine Institution gibt, in der sich nicht Formen von Gegenöffentlichkeit herausbilden.

Eine Kritik an der Verständlichkeit dieser Artikel ist somit gleichzeitig eine Kritik an der Praxis der Arbeit in den Gruppen oder am Entwicklungsstand der Bewegung, wobei man nicht übersehen darf, daß die Schilderung von Praxis nur dann einen Sinn hat, wenn die von jeder arbeitenden Gruppe neu entdeckten strategischen Ansätze sehr breit (in manchen Fällen sogar langatmig) dargestellt werden, daß andere Gruppen nur dann diese Erfahrungen mit in die eigene Strategie einbeziehen können, wenn die historische Dimension des organisierten Widerstands mitverarbeitet ist.

Eine solche Form von linkem Journalismus zu verwechseln mit "theoretischen Beiträgen", heißt entweder, die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ nie gelesen zu haben oder aber nicht zu begreifen, daß die Organisierung der aus der antiautoritären Bewegung hervorgegangenen arbeitenden Gruppen keineswegs über kurze Meldungen geleistet werden kann, daß Informationen über .... zwar (mehr schlecht als recht) ein Konsumbedürfnis befriedigen mögen, sie aber infolge ihrer unhistorischen Dimension überhaupt nichts beitragen, zur Organisierung einer außerparlamentarischen Opposition, für die die Organisationsfrage inzwischen lebenswichtig geworden ist.

Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ übt also eine neue Form von Journalismus, die nicht von KONKRET, LINKS oder sonsteinem Blatt geleistet wird: sie versteht Aktualität nicht wie die bürgerliche Presse (oder der sich links gerierende bürgerliche Journalismus), sie ist also nicht auf der Suche nach irgendwelchen Aufhängern, a k t u e l l ist für sie nur die Praxis der verschiedenen Gruppen.

Wenn eine Zeitung einen entscheidenden Beitrag zur Organisierung der Linken Bewegung leisten will, dann ist es unmöglich, auf den internationalen Aspekt des Klassenkampfs zu verzichten. Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ bringt nicht etwa deshalb soviel Berichte ausländischer Genossen, um dem Leser zuhause mit der angenehmen Vorstellung zu

kitzeln, daß es hoch her geht in Italien, Frankreich oder der Dritten Welt, sondern deshalb, weil die Organisierung des Widerstandes in vielen kapitalistischen Ländern bedeutend weiter fortgeschritten ist als in der Bundesrepublik und wir aus diesem Grunde wissen müssen, welche Faktoren ablösbar sind von der konkreten Situation eines bestimmten Landes, das heißt, welche zum Beispiel über das Problem der Armut hinausgehenden Elemente von uns übernommen und in eine Gesamtstrategie eingebaut werden können. Die Kritik mancher Leser, in der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ stehe zuviel über die Dritte Welt und zu wenig über Westberlin, verkennt somit, daß der Klassenkampf infolge der internationalen Organisierung der Konterrevolution nur im internationalen Maßstab aufgenommen werden kann und daß als Vorbedingung hierfür der internationale Erfahrungsaustausch zu beginnen hat.

Noch ein Wort zu den im üblichen Sinn theoretischen Beiträgen in der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ. Es wäre unsinnig, in einer Phase, in der man über die Arbeit der verschiedenen Gruppen nichts oder fast nichts weiß, bestimmte Praxisformen evtl. mit dem Revisionismus-Argument von vornherein auszuklammern, allerdings kann nicht jede Basisarbeit kritiklos gutgeheißen werden. Die theoretischen Beiträge als zusätzlich organisierendes Element vermeiden es nun allerdings - und auch das ist eine neue Qualität im Lager des linken Journalismus,- die Arbeit in den Gruppen von einer abstrakten Position zu kritisieren, sie sind vielmehr das Ergebnis einer eng mit der Basis zusammenarbeitenden Avantgarde. Der Artikel von Lefevre anläßlich der Bundesversammlung, der Brief des Sozialistischen Maikomitees an die SEW oder die Revisionismuskritik von Rabehl sind das Ergebnis eben dieser Diskussion in allen Gruppen und helfen aus diesem Grund, die Strategie der Berliner Linken mitzuformulieren.

Nur mit dieser neuen journalistischen Praxis wird es möglich sein, daß die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ weit über den Berliner Raum hinaus die Strategie der Außerparlamentarischen Opposition beeinflußt. Deshalb:
Auch wenn Sie nicht zu den Organisatoren gehören, auch wenn Sie nicht an der Basis arbeiten können, aber trotzdem an der weiteren Entwicklung der Außerparlamentarischen Opposition interessiert sind, sollten Sie dieses Blatt abonnieren.

Peter Sörgel

III. Ein letztes Mal: Die Demokratische Union (DU)

Um den "wachsenden Zerwürfnissen im antiautoritären Lager" wirksam entgegenzutreten, um die "linke Zersplitterung, Frustration, Isolierung und autoritären Umfunktionierungsversuche" aufzuhalten, rief die an dieser Stelle schon einmal skizzierte (und kritisierte) Demokratische Union (DU) für den 19./20.April 1969 zu einem "Kongreß der Antiautoritären" nach Frankfurt.

Es kamen ergraute AUD-Kämpfer, die auf der Suche nach einem neuen Bündnispartner waren, eine Schweizer Delegation, die die APO kennenlernen wollte, eine Menge von Anthroposophen, westdeutsche Genossen, die glaubten, eine Strategiedebatte im Hinblick auf den Wahlkampf führen zu können, und einige, wie zum Beispiel eine Delegation des Berliner Clubs, die fürchteten, die DU werde bei den durch die Gründung der AdF/DKP ohnehin schon verwirrten westdeutschen Genossen Resonanz finden, d.h. es gelinge ihr, unter dem Schlagwort "antiautoritär" eine andere Farce von parlamentarischer Strategie an den Mann zu bringen.

Die Sorge war unbegründet.

Zwar wurde im Frankfurter Gallus-Haus die Demokratische Union noch aus der Taufe gehoben, aber es war ein ritueller Akt, er wird folgenlos bleiben - diese Partei wird sich nicht erst dann auflösen, wenn sie - wie es auf einem Plakat hieß - "sich gesellschaftlich verwirklicht hat"; sie hat es bereits jetzt getan.

Neben dem taktischen Unvermögen der Initiatoren, die einen Vertreter der AdF mit einem antikommunistischen Vokabular traktierte, daß man sich genierte, in diesem Kreis eine inhaltliche Kritik an der DKP vorzubringen, war es vor allem die diffuse Pluralismuskonzeption der DU, der zum Programm erhobene Verzicht auf jegliche Avantgardefunktion, der diesen Kongreß scheitern ließ. Dieser Konzeption zufolge ist es die historische Überlegenheit des Sozialismus, die eventuelle NPD-Strömungen innerhalb der DU liquidieren wird. Allheilmittel ist die "antiautoritäre Diskussion". Da man jedoch den DU-Strategen einen solch naiven Kinderglauben nicht unterschieben sollte, da auch sie wissen, daß eine derart mechanistische Geschichtsauffassung seit dem Aufkommen des Faschismus überholt ist, muß man annehmen, daß sie wissen, daß eine ihrer wesentlichen Forderungen "Sendezeit für die APO", durchaus von einer rechtsgerichteten DU-Majorität mißbraucht werden könnte, um uni-sono mit den anderen Massenmedien die Steine-schmeissenden Radikalinskis zu verurteilen. Es ist schon von daher begrüßenswert, daß sich der Wunsch des AUD-Strategen Haußleiter, seine Partei mit Hilfe dieser DU weit über die 0,2 %-Hürde (1965) zu heben, nicht erfüllen wird.

Unter diesen Umständen nimmt man sogar die ironischen bis zynischen Kommentare der bürgerlichen Presse (DIE ZEIT, FRANKFURTER RUNDSCHAU) in kauf.

Sich darüber zu freuen, daß dieser Kongreß gescheitert ist und sich damit zu begnügen, wäre allerdings falsch. Gerade vor den Bundestagswahlen wäre es wichtig, zusammen mit den nicht der DKP-Linie verpflichteten Republikanischen Clubs etc. auf einer Arbeitstagung eine alternative Strategie zu entwickeln.

Peter Sörgel

IV. Aus den Arbeitskreisen

Durch die Vorlage des nachfolgendenpapers wurde uns die Gründung eines neuen Arbeitskreises im RC bekannt gegeben:

Konzept der ad-hoc-Gruppe an der Berufsschule für Industriekaufleute (im RC):

Bis jetzt, so müssen wir wohl alle zugeben, hat unsere Arbeit kaum sichtbare Erfolge gezeigt. Wir haben zwar einigen Herrschenden die Maske des Liberalismus vom Gesicht gerissen, wir haben einige Leute verunsichert. Aber wir wissen noch nicht einmal, was wir überhaupt erreicht haben, weil wir bisher nur Aktionen geplant und durchgeführt, diese aber nicht ausgewertet, sondern politische Tagesereignisse diskutiert haben, nicht aber über eine mögliche Grundkonzeption. Jeder von uns hat eigene Ideen und Vorstellungen, aber wir sollten dazu in der Lage sein, diese zu koordinieren.

Marx, Lenin und Mao sagen, daß sich die Revolution auf die Volksmassen stützen muß. Nur wenn wir uns konsequent an diese Lehren halten, sie für unsere heutige Situation verständlich machen und in der Praxis anwenden, können wir uns langfristig eine breite Basis schaffen. Jedoch in der Tätigkeit mancher Genossen hat sich die Massenlinie und damit die marxistische Lehre noch immer nicht durchsetzen können.

Das Volk bedarf objektiv der Revolution, ist sich subjektiv dessen aber noch nicht bewußt und hat sich noch nicht entschlossen oder hegt noch nicht den Wunsch, die Revolution selbst in die Hand zu nehmen. Denn müssen wir waren, und erst wenn durch unsere Arbeit den Massen in ihrer Mehrheit das betreffende Bedürfnis zum Bewußtsein geworden ist, wenn sie ihren Entschluß gefaßt haben und bereit sind, die Revolution selbst durchzuführen, können wir mit ihnen gemeinsam diese Arbeit vorantreiben, sonst lösen wir uns von den Massen.

Die Genossen dürfen nicht annehmen, daß alles was ihnen verständlich ist, auch von den Arbeitern verstanden wird. Es ist unsere Pflicht, unser Bewußtsein an die Arbeiter weiterzugeben. Wenn deren Bewußtsein noch nicht geweckt ist und wir dennoch einen militanten Angriff gegen die herrschende Bourgeoisie unternehmen, es aber versäumen, den arbeitenden Massen diese Aktionen zu vermitteln, so ist das nur blinder Aktivismus und bringt uns nicht weiter. Diese Handlungsweise dient ausschließlich der Selbstbefreiung, die ihrerseits in einer äußerst repressiven Umgebung sehr schnell zur Frustration und damit meist wieder zur Aggression führen muß. Eine derart kurzfristige und allein egoistische Befreiung von unterdrückten Aggressionen widerspricht den sozialistischen Vorstellungen.

Die erlittenen Niederlagen beweisen dies. Das anfängliche Abwarten und die teilweise Abneigung der Bevölkerung sind zum großen Teil zu offenem Haß geworden.

Das erste Ziel ist, uns selbst zu emanzipieren, und dabei muß jeder dem anderen behilflich sein. Das geht nicht mit der Holzhammermethode, sondern erfordert Einfühlungsvermögen und die Bereitschaft, den anderen zu verstehen zu versuchen. Nicht jeder ist aufgrund seiner allernächsten Umwelt dazu in der Lage, unsere theoretischen Ausführungen sofort nachvollziehen zu können. Aber

man kann sich nicht emanzipieren, wenn persönliche Probleme nicht auch in den einzelnen Gruppen behandelt werden. Dann müssen andere Themen eben einmal in den Hintergrund treten.

Genossen, wir müssen erkennen, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, eine möglichst große Zahl unbewußter Mitläufer für uns zu gewinnen, sondern wir benötigen langfristig vielmehr Genossen, die bewußt den gesellschaftlichen Transformationsprozeß vorantreiben. Erst wenn wir diese revolutionären Kader haben, können wir die Massen politisieren und aktivieren. Dabei sollte man es zunächst unterlassen, die Leute mit kommunistischen Theorien zu konfrontieren, und stattdessen ihnen die Konflikte im Produktionsprozeß bewußt machen. Politisches Bewußtsein entsteht nicht nur durch Aufklärung. Es entwickelt sich auch, vielleicht viel intensiver durch Umsetzung von Theorie in Praxis und durch persönliche Beteiligung am aktiven Widerstand.

Unter bestimmten Voraussetzungen wird es auch nötig sein, daß wir uns mit progressiven bürgerlichen Kräften verbünden (z.B. Radikaldemokraten, linke Christen, Pazifisten), wenn es darum geht, einen gemeinsamen größeren Feind zu bekämpfen. Nur dürfen wir uns nicht von diesen bürgerlichen Elementen abhängig machen oder integrieren lassen, sondern wir müssen weiter konsequent unsere klassenkämpferische Einstellung vertreten.

Die Gesamtheit dessen, was als antiautoritäre Bewegung galt, muß differenziert werden. Es hat keinen Sinn, Gemeinsamkeiten aufzuzählen, die keine mehr sind. Wir meinen, um eine politische Überzeugungs- und Schlagkraft zu erreichen und zu erhalten, bedarf es einer festgefügten Organisation. Wer meint, daß Organisation als solche schon autoritär sei, muß nachweisen, wie er auf anderem Wege zu dem zuvor genannten Ziel kommen will. Bis jetzt vegetiert jedenfalls jede kleine Gruppe in mühseliger Kleinarbeit vor sich hin.

Keiner weiß, was der andere plant und tut. Wir benötigen also, um politisch langfristig aktionsfähig sein zu können, eine festgefügtere Organisation, in der die verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen sozialistischen Konzepten ihre Eigenständigkeit bewahren. Diese Organisation muß eine permanente Kontrolle ermöglichen und persönliche Machtansprüche ausschalten. Die Vereinigung der Abhängigen zu einer politischen Organisation ist unentbehrlich, um den Sieg der sozialistischen Revolution und ihren letzten Zweck - die Abschaffung der Klassen - zu erreichen. Der Zusammenschluß der Abhängigen muß in den Händen dieser Klasse ein Hebel sein in ihrem Kampf gegen die politische Macht ihrer Ausbeuter. Ohne eine feste Organisation können die Abhängigen niemals die Macht ergreifen. Diese Organisation könnte sich als Partei an dem bürgerlichen Spiel des Parlamentarismus in einem späteren fortgeschritteneren Stadium beteiligen, ohne sich korrumpieren zu lassen. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, den bestehenden Staatsapparat für die eigenen Ziele auszunutzen, und man sollte deshalb der Reaktion dieses politische Feld nicht allein überlassen. Diese Organisationsform ermöglicht eine breite und gesicherte Kommunikation und ein gemeinsames Handeln aller sozialistischen Kräfte.

V. Im Filter christdemokratischer Ordnungshüter

Ein Redaktionsmitglied verschaffte sich mittels Deckadresse das offizielle Organ des "Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Polizeiangehöriger im Landesverband Berlin der CDU" DER POLIZEIRUF.

Wir bringen nachstehend zwei Beiträge aus dem Extrablatt, April 1969:

Und willst Du nicht mein Bruder sein ....

Der VDS kündigte einen "heißen Sommer" an. Man ist erbost, daß die Bundesregierung beschlossen hat - endlich - dem VDS die Zuwendungen zu streichen, daß der Geldgeber - endlich - nicht mehr seine eigene Abschaffung finanzieren will.
Nun bekommen wir also "einen heißen Sommer" - will der VDS.
(In jedem billigen Krimi ist zu lesen, daß Gangstergruppen sich feste Einkommen verschaffen, indem sie von Geschäftsleuten regelmäßig "Gebühren" kassieren. Wer nicht zahlt, dem wird der "Laden besucht". Vielleicht nennen die Gangster das dann einen "heißen Tag"?)

- . - . - . -

Beiträge verweigert

Pressemeldungen war kürzlich zu entnehmen, daß bei Einschreibungen für das Sommersemester an der FU 60 % der Studenten den Beitrag für den AStA verweigert hätten. Der Etat des AStA der FU für 1969 belaufe sich auf 443,900 DM - davon seien 283.100 DM als Einnahmen aus Studentenbeiträgen veranschlagt.
Schon im letzten Semester handelten viele Studenten so. Jedoch gab damals die "Arbeitsgemeinschaft am Otto-Suhr-Institut" ein Flugblatt heraus, in dem sie feststellen mußte:

"... Der Senator Stein läßt aus Mitteln der Freien Universität, also aus Steuergeldern, dem AStA 43.700 DM zahlen, das ist jene Summe, die der AStA durch die Weigerung der 4.600 Studenten weniger eingenommen hat.

Sehen Sie jetzt, wie die Bürgerkriegsspezialisten finanziert werden? Begreifen Sie, warum sie am hellichten Tag ungestraft Straßenschlachten veranstalten können? Können Sie sich vorstellen, was diese Leute mit Berlin vorhaben, wenn man ihnen nicht das Handwerk legt?
Wir fragen deshalb:
Warum läßt Senator Stein dem AStA 43.700 DM zahlen?
Reichen ihm 130 verletzte Polizisten noch nicht?
Gibt es noch zuwenig Brandstifter, Reifenstecher, Bombenleger?..."

Soweit der Auszug aus dem POLIZEIRUF...!

VI. Aus dem Clubsekretariat

Macht der Club pleite?

Ende September 1968 erschien in Springers WELT ein Artikel, in dem aufgrund anscheinend vorzüglicher Informationen und mit einem Anflug von Besorgnis der baldige finanzielle Bankrott des Republikanischen Clubs vorausgesagt wurde.

Diese Art Prophezeitung ist mittlerweile von einigen Leuten auch auf das politische Gebiet transformiert worden.

Trotz dieser journalistischen Totenklagen ist der Club heute weder finanziell pleite noch politisch am Ende. Aber mit der Tatsache, daß sich Meldungen von Springerzeitungen als falsch herausstellen, sollte man sich nicht beruhigen.

Zwar hat der Republikanische Club e.V. heute etwas über 750 Mitglieder (incl. Westdeutsche und Ausländer) und das würde bedeuten, daß er bei pünktlicher Zahlung der Beiträge und sparsamer Geschäftsführung auch dann gut über die Runden kommt, wenn nicht wenige Mitglieder weniger als DM 10,-- Monatsbeitrag bezahlen.

Und die Club-GmbH & Co K.G. ist jetzt wieder soweit, daß der Restaurationsbetrieb nicht mehr mit Verlust arbeitet, ja sogar einen leichten Gewinn erzielt.

Aber es ist dennoch an der Zeit, einige Aspekte der Finanzlage des RC zu erörtern. Die Übersicht über Einnahmen und Ausgaben des Republikanischen Clubs e.V., die auf der letzten Mitgliederversammlung vorgelegt wurde, zeigt folgendes deutlich:

Der Republikanische Club e.V. hat - im Verhältnis zu seinem regelmäßigen Einnahmen - sehr hohe ständige Ausgaben: Miete, Gehälter, Bürounkosten, Porti, Telefon. Dies ist nun keineswegs der Ausdruck eines bürokratischen Wasserkopfes, sondern spiegelt den für politische Arbeit notwendigen technischen Apparat wider: Der Club stellt Gruppen in- und außerhalb des RC Räume für Veranstaltungen, Besprechungen, Seminare zu Verfügung, dazu Papier, Matrizen, Abzugsmaschine, und hat selbst nicht geringe Ausgaben zur Erledigung von Informationswünschen von Mitgliedern (BULLETIN) und Nichtmitgliedern.

Dennoch muß gesagt werden, daß für außerordentliche Aktivitäten - wie jetzt z.B. die finanzielle Unterstützung des Maikomitees - viel zu wenig, ja praktisch gar keine Gelder aus den regulären Einnahmen zur Verfügung stehen. Das finanzielle Polster des RC e.V. ist auf ein Nichts zusammengeschrumpft. Und das ist ein unerträglicher Zustand. Denn die Rolle des Clubs in der sozialistischen Bewegung muß - von seinen Voraussetzungen her - auch gerade darin bestehen, aktive Gruppen und wichtige Aktivitäten finanziell zu unterstützen.

Diese gegenwärtige schlecht Lage hat hauptsächlich zwei Gründe:

1. Die verfehlte Wirtschaftspolitik der Republikanischen Club - Gmbh & Co. KG. im vergangenen Jahr hat dazu geführt, daß der geringe Gewinn, den der Restaurationsbetrieb jetzt wieder erzielt, noch auf lange Zeit von Schulden aus früherer Zeit aufgefressen werden wird. Es hat dies ferner dazu geführt, daß jetzt der

Republikanische Club e.V. praktisch die ganze Miete für die Räume in der Wielandstraße aufbringen muß, so daß eben weniger Geld als früher für politische Ausgaben zur Verfügung steht. Und schließlich schließlich ist der e.V. sogar gewzungen, der GmbH Gelder in nicht geringer Höhe vorzuschießen, da die GmbH gar nicht in der Lage ist, alle Schulden, die zum Teil erst jetzt auftauchen, zu bezahlen. Eine Besserung dieses Zustandes ist nur langfristig denkbar.

2. Es gibt nicht wenige Mitglieder des Republikanischen Clubs e.V., die vielleicht nach dem 2. Juni 1967, vielleicht schon bei der Gründung desClubs in einem Anflug von Euphorie eingetreten sind. Sie waren vielleicht empört über den Polizeiterror und wollten auf diese Weise etwas dagegen tun. Diese Mitglieder sind zuverlässig und treu, das heißt, sie stehen in der Kartei, bekommen das BULLETIN und die Rundschreiben zugesendet und sagen manchmal mit einem Anflug von Stolz im Kreis ihrer Verwandten "auch ihr Herz schlage links, sie seien Mitglieder des Republikanischen Clubs". Nur vergessen sie eins dabei, daß mit einer Mitgliedschaft allein (Karteileichen) der politischen Arbeit des Republikanischen Clubs, sei sie nun traditionalistisch, liberal oder antiautoritär, in keiner Weise gedient ist.

Um es deutlich zu sagen: Die Außenstände, hervorgerufen durch nichtbezahlte Mitgliedsbeiträge sind horrende. Wir halten es für ein Zeichen mangelnder Solidarität, sich in dieser Weise der Erfüllung einer einmal eingegangenen Verpflichtung zu entziehen. Und dies sogar, obwohl der Republikanische Club in jedem Einzelfall bereit war und ist, entsprechende Vereinbarungen wie Beitragsstundungen oder -verminderung o.ä.abzuschließen.

Wir möchten deswegen an dieser Stelle noch einmal alle Clubmitglieder eindringlich bitten, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen und falls die Bezahlung von Rückständen zu große finanzielle Probleme aufwirft, sich mit dem Sekretariat oder einem Vorstandsmitglied in Verbindung zu setzen.

Zur Erleichterung und nochmaligen Erinnerung fügen wir diesem BULLETIN eine Zahlkarte bei. Diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sind, möchten wir bitten sich zu überlegen, ob sie eventuell in der Lage sind, diese Zahlkarte doch zu benützen. Es könnte in Form einer Spende für den Club oder für die Finanzierung des 1. Mai 1969 sein.

Daß der Club darüber hinaus für jede Erhöhung eines Mitgliedsbeitrages dankbar ist, ergibt sich nach den Darlegungen von oben von selbst.

Das Sekretariat
Sigi Stecher/Michael Boehme

VII. Veranstaltungskalender

1. Woche vom 29. April 1969 - 5. Mai 1969

Mittwoch, den 30. April 1969 - 16 Uhr
Schülerveranstaltung des Maikomitees in der Technischen Universität - Audimax -

Mittwoch, den 30. April 1969 - 19 Uhr
Großveranstaltung in der Hasenheide

Donnerstag, den 1. Mai 1969 - 11 Uhr
Mai-Demonstrationen (siehe Blatt 1 des BULLETINs)

Freitag, den 2. Mai 1969 - 20 Uhr
VERLAGSKONTROVERSE: Erfahrungen mit der Gegenredaktion in KONKRET mit Ulrike MEINHOFF, Peter HOHMANN und Reinhard KAHL.

Samstag, den 3. Mai 1969 - 20h
Der Arbeitskreis ANGESTELLTE UND TECHNISCHE INTELLIGENZ (AUTOMATION) hat seine ständigen Arbeitsdiskussionen künftig auf jeweils Samstag, 20 Uhr im RC festgesetzt.

Sonntag, den 4. Mai 1969 - 20 Uhr
Zur Situation und Organisationsproblematik der neuen Linken in Westberlin und BRD -
DISKUSSION mit Vertretern der Evangelischen Studentengemeinde der FU und der Katholischen Hochschulgemeinde Berlin

Montag, den 5. Mai 1969 - 20 Uhr
Die politische Konzeption der Evangelischen Industriejugend
DISKUSSION mit Vertretern der Industriejugend.

2. Woche vom 6. Mai 1969 - 12.Mai 1969

Donnerstag, den 8. Mai 1969 - 20 Uhr
Politische Gegenerziehung und Organisationsproblematik in der APO
DISKUSSION mit Peter BISCHOFF (Falken), J. DILLINGER (Katholische Pfadfinderschaft St. Georg) und Dr. Peter POTT (BDP)

Freitag, den 9. Mai 1969 - 20 Uhr
BILANZ DER MAIKAMPAGNE - Diskussion mit Vertretern des SOZIALISTISCHEN MAIKOMITEES und des VORSTANDS des RC.

Sonntag, den 11. Mai 1969 - 20 Uhr
SOZIALREFORM ODER REVOLUTION - Rosa Luxemburgs Thesen. Diskussion mit Herbert WALTER und Horst VOLGMANN vom AK Politische Theorie.

Montag, den 12. Mai 1969 - 20 Uhr
Zur Politik der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ - Diskussion mit Vertretern der RPK.

Vorschau

Mittwoch, den 14. Mai 1969 - 20 Uhr
VOLLVERSAMMLUNG des AKTIONSRATES ZUR BEFREIUNG DER FRAU

Freitag, den 16. Mai 1969 - 20 Uhr
BILANZ: VIETNAM 1968 - Diskussion mit Sigfried BURMESTER vom ständigen Arbeitsausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung Westberlin.

Sonntag, den 18. Mai 1969 - 20 Uhr
SELBSTVERWALTUNG und TECHNOLOGIE - Diskussion mit Professor Ossip K. FLECHTHEIM (FU) und Robert JUNGK (Lehrbeauftragter für Zukunftsforschung an der TU Berlin)

Montag, den 19. Mai 1969 - 20 Uhr
ALLES HAT SEINE GRENZEN - Diskussion über das Programm des REICHSKABARETTS mit Volker LUDWIG, Dieter KURSAWE, Detlev MICHEL.
In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß in der Zeit vom 1. bis 18 Mai 1969 für alle Clubmitglieder, die die grüne Mitgliedskarte haben, der Eintritt um Reichskabarett auf DM 4,-- heruntergesetzt wird, wobei das Reichskabarett freundlicherweise 1,-- DM pro entsprechendes Clubmitglied dem RC e.V. zur Verfügung stellen wird (Anmeldungen unter der Telefonnummer 881 08 17).
Wir möchten hiermit alle Clubmitglieder bitten, sich das Programm anzusehen, um für die am 19. Mai stattfindende Diskussion entsprechende Voraussetzungen zu haben.

Mittwoch, den 21. Mai 1969 - 20 Uhr
REPRESSIVE ENTSUBLIMIERUNG IN ANTIAUTORITÄREN GRUPPEN - Diskussion mit Professor W.C. MÜLLER und Hellmut LESSING (Pädagogische Hochschule)

Donnerstag, den 22. Mai 1969 - 20 Uhr
GENOSSENSCHAFTLICHE ORGANISATIONSMODELLE UNTER SPÄTKAPITALISTISCHEN BEDINGUNGEN - Diskussion mit Jürgen KUNZE, Vorsitzender der Jungdemokraten, Landesverband Berlin.

Freitag, den 21. Mai 1969 - 20 Uhr
TECHNOLOGIE - STUDENTISCHE POLITIK AN DEN HOCHSCHULEN ALS VORBEREITUNG FÜR DEN KAMPF IN DER PRODUKTIONSSPHÄRE - Diskussion mit Christian HEINRICH, Till WILSDORF und Rainer WETHEKAM vom AK Technologie (TU Berlin)

Aus Anlaß der Großveranstaltung am 30.4. in der Neuen Welt, bleibt der Club am Mittwoch, den 30.4.69 geschlossen.

Am 1.Mai 69 ist der Club G E Ö F F N E T